

Die Parteien und das Kaiser-Gespräch.

Die Anregung der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags zu einer gemeinsamen Kundgebung der bürgerlichen Parteien an Kaiser und Bundesrat ist von allen Parteien abgelehnt worden. Die Konserverativen beriefen sich für ihre Abweisung auf die Grundzüge ihrer Partei, die Freikonserverativen auf die mangelnde Bereitwilligkeit anderer Parteien, die Freisinnigen auf die Ablehnung ihres eigenen Vorschlags, eine Adresse an den Kaiser zu richten, und das Zentrum lehnte ab ohne Angabe von Gründen.

In Bezug auf das Verhalten Deutschlands im Burenkriege teilt jetzt eine saskandinavische Zeitung eine Anzahl von Telegrammen mit, die der ehemalige Staatssekretär Leysds vor dem Ausbruch des Krieges aus Europa nach Transvaal schickte, um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, daß die Republik eine Einmischung Europas erwarten könne. Leysds berichtete über eine ungünstig verlaufene Botschaft, die er mit dem französischen Minister des Äußeren hatte, während der deutsche Minister des Äußeren die Freundschaft Deutschlands für Transvaal betonte, aber hinzufügte, daß Deutschland im Kriegsfall keine Hilfe anbieten könne, da England die Herrscherin des Meeres sei. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Transvaal-Regierung jedes mit der Selbstachtung verträgliche Zugeständnis machen werde. Die Transvaal-Regierung hat, darauf weitere Erhebungen über die Haltung von Frankreich und Deutschland im Kriegsfall anzustellen. Leysds antwortete, die beiden Mächte hätten Sympathien für die Buren, würden aber keine wirkliche Hilfe gewähren. Ein weiteres Telegramm war deutsch, denn es lautete: „Erwartet nichts von den Großmächten. Unsere Freunde in England bitten dringend, die Schaffung eines Kriegesalles zu vermeiden.“ Danach kam folgendes Telegramm: „Hoffungslos, Hilfe zu erwarten, obwohl eine Aussicht vorhanden ist, daß Russland Einspruch erheben wird.“ Ende am 27. September 1899 gefandte Depesche riet zur Ablehnung des Ultimatums am 9. Oktober 1899, dem ein Angriff folgen sollte, ehe England bereit sei, da solche Festigkeit, wie Leysds meinte, eine vorzügliche Wirkung ausüben würde. Im Anfang des Dezember 1899 teilte Leysds seiner Regierung mit, daß der Zar höchst interessiert sei, und daß er hoffe, hier werde der englischen Regierung Schwierigkeiten bereiten.

Die Botschaft des Kaisergesprächs in der Presse ist jetzt beendet worden. Dagegen kommt aus Amerika die Nachricht, daß eine New Yorker Zeitung demnach ein Gespräch Kaiser Wilhelm mit einem Amerikaner veröffentlichte wollte. Der Amerikaner besuchte den deutschen Kaiser auf seiner Jagd während der Nachlandfahrt in einem norwegischen Hafen. Das Gespräch soll politische Dinge wichtiger Art behandelt und sehr freimütig sein. Die Geschäftsleitung der Zeitung hat jedoch infolge der Ereignislosigkeit in den letzten Tagen von einer Veröffentlichung des Gesprächs Abstand genommen.

Die Botschaft des Kaisergesprächs in der Presse ist jetzt beendet worden. Dagegen kommt aus Amerika die Nachricht, daß eine New Yorker Zeitung demnach ein Gespräch Kaiser Wilhelm mit einem Amerikaner veröffentlichte wollte. Der Amerikaner besuchte den deutschen Kaiser auf seiner Jagd während der Nachlandfahrt in einem norwegischen Hafen. Das Gespräch soll politische Dinge wichtiger Art behandelt und sehr freimütig sein. Die Geschäftsleitung der Zeitung hat jedoch infolge der Ereignislosigkeit in den letzten Tagen von einer Veröffentlichung des Gesprächs Abstand genommen.

Die Botschaft des Kaisergesprächs in der Presse ist jetzt beendet worden. Dagegen kommt aus Amerika die Nachricht, daß eine New Yorker Zeitung demnach ein Gespräch Kaiser Wilhelm mit einem Amerikaner veröffentlichte wollte. Der Amerikaner besuchte den deutschen Kaiser auf seiner Jagd während der Nachlandfahrt in einem norwegischen Hafen. Das Gespräch soll politische Dinge wichtiger Art behandelt und sehr freimütig sein. Die Geschäftsleitung der Zeitung hat jedoch infolge der Ereignislosigkeit in den letzten Tagen von einer Veröffentlichung des Gesprächs Abstand genommen.

Die Botschaft des Kaisergesprächs in der Presse ist jetzt beendet worden. Dagegen kommt aus Amerika die Nachricht, daß eine New Yorker Zeitung demnach ein Gespräch Kaiser Wilhelm mit einem Amerikaner veröffentlichte wollte. Der Amerikaner besuchte den deutschen Kaiser auf seiner Jagd während der Nachlandfahrt in einem norwegischen Hafen. Das Gespräch soll politische Dinge wichtiger Art behandelt und sehr freimütig sein. Die Geschäftsleitung der Zeitung hat jedoch infolge der Ereignislosigkeit in den letzten Tagen von einer Veröffentlichung des Gesprächs Abstand genommen.

Politische Rundschau.

Deutschland.
* Kaiser Wilhelm, der am 16. d. in Kiel zur Bereidigung der Marinerekruten eintritt, wird bei dieser Gelegenheit auch der Kaiserlichen Werft und der Germania-Werft einen Besuch abstatten.
* Die Gerüchte, Reichskanzler Fürst von Bülow sei schwer erkrankt, entsprechen nach einer halbamtlichen Mitteilung nicht den Tatsachen.

England.
* Der Kriegsminister Haldane hielt an die Studenten der Universität Glasgow eine Ansprache, in der er erklärte, England sei nie so gut auf alle Fälle gerüstet gewesen wie jetzt. Er sage dies nach sorgfältiger Prüfung der Lage und zu einer Zeit, wo alle Anzeichen, wie er sich freuen zu sagen, auf eine Zeit des Friedens deuten.

Holland.
* Der im Jahre 1894 geschlossene Holland und Venezuela abgeschlossene Vertrag ist

Sachsen.
* Der Staatssekretär des Äußeren von Schön, dessen Befinden sich bereits bedeutend gebessert hat, hat sich nach dem Süden begeben, wo er mehrere Wochen zu verweilen gedenkt.

Bayern.
* Der bayerische Ministerpräsident v. Bode-wills wird die demnächst beginnenden Verhandlungen des Bundesratsauschusses für auswärtige Angelegenheiten leiten.

Casa Blanca.
* Die Verhandlungen wegen des Casa Blanca-Zwischenfalls, die von Frankreich und Deutschland in dem Streben nach einer friedlichen Abklärung geföhrt werden, versprechen einen befriedigenden Verlauf zu nehmen. Aller Voraussicht nach werden beide Regierungen nicht das „Behauern“ über das Vorkommnis aussprechen, sondern „versichern“, daß ihren Agenten eine Verleumdung der beiderseitigen Agenten ferngehalten hat. Dies ist dem Reichstage jetzt zugegangen. Ihre Drucklegung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die Reichsbesoldungsgesetze.
* Die Reichsbesoldungsgesetze sind dem Reichstage jetzt zugegangen. Ihre Drucklegung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Die verläutelt, soll dem Reichstage vorge-schlagen werden, an Stelle des bisherigen ostasiatischen Detachements in Befehl und Taktik ein neuzubildendes Marine-detachement treten zu lassen, das dem Gouvernament in Hankow unmittelbar unterstellt wird. Nach erfolgter Bildung des Marine-detachements soll das ostasiatische Detachement zurückgeführt und aufgelöst werden. Als Zeitpunkt für die Durchführung dieser Organisationsänderung ist das Frühjahr 1900 in Aussicht genommen.

Nach einer bisher unerreichten Höhe von acht glänzend verlaufenen Fahrten ist das Luftschiff des Grafen Zeppelin vom preuss. Kriegsministerium abgenommen worden. Vom Reichstage waren 2 150 000 M. für die Arbeiten des Grafen Zeppelin bewilligt worden, von denen die nach der Scherding'schen Fahrt dem Grafen ausbezahlt 500 000 M. als persönliche Verwendung gebahrt waren, während 1 650 000 M. für den Ankauf des Luftschiffs des Grafen Zeppelin bei Norddeutscher Luftschiffbauanstalt bestimmt waren. Von dieser Summe wird jetzt ein Teil zum Ankauf des „Zeppelin 1“ verwendet.

Österreich-Ungarn.
* Das österreichische Ministerium des Äußeren, das infolge des Konflikts zwischen Deutschen und Tschechen dem Kaiser Franz Joseph sein Abschiedsgesuch unterbreitet hat, ist von dem Kaiser bis auf weiteres mit der Fort-führung der Geschäfte beauftragt worden. Es wird wahrscheinlich längere Zeit dauern, ehe der mit der Kabinettsbildung betraute Baron Bienerth das neue Ministerium gebildet haben wird.

In Prag ist es wie an den beiden vorhergegangenen Sonntagen, auch am letzten Sonntag wieder zu blutigen Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen gekommen. Nur mit großer Mühe konnten Militär und Polizei die Ruhe wieder herstellen. Daß solche Dinge sich trotz der Drohung der Regierung mit der Verhängung des Belagerungs-zustandes immer wieder ereignen können, zeigt, daß sie keine Möglichkeit hat, die Deutschen gegen die Tschechen zu schützen. Damit aber wird die Notwendigkeit immer dringender, daß sich das Deutsche in Böhmen zusammenschließt, den Parteienhader vergißt und gemeinsam die tschechischen Übergriffe abwehrt.

England.
* Der Kriegsminister Haldane hielt an die Studenten der Universität Glasgow eine Ansprache, in der er erklärte, England sei nie so gut auf alle Fälle gerüstet gewesen wie jetzt. Er sage dies nach sorgfältiger Prüfung der Lage und zu einer Zeit, wo alle Anzeichen, wie er sich freuen zu sagen, auf eine Zeit des Friedens deuten.

Holland.
* Der im Jahre 1894 geschlossene Holland und Venezuela abgeschlossene Vertrag ist

von Seiten Hollands aufgehoben worden. Die Regierung von Curaçao (einer in der Nähe von Venezuela gelegenen holländischen Insel) hat die Ein- und Ausfuhr von Waffen und Munition freigegeben und wird die gegen Venezuela gerichtete revolutionäre Bewegung nicht verhindern. Damit ist vielleicht der beste Weg gefunden, Herrn Castro zur Verhaftung zu bringen.

Balkanstaaten.
* In Serbien glaubt man immer noch, daß Russland im Kampfe gegen Österreich Hilfe leisten werde. Wenigstens erklärt der aus Petersburg heimgekehrte Kronprinz, Russland sei ein zuverlässiger Freund. Wenn aber auch niemand für Serbien einstehen sollte, so werden die Serben zu den Waffen greifen, unbefürchtet um die Anzahl der Feinde. Der junge Kriegsheld vergaß dabei zu sagen, woher er das Geld zum Kriegsführen nehmen will. — Die übrigen Balkan-Angelegenheiten nehmen einen befriedigenden Verlauf, besonders seit König Georg von Griechenland von Kaiser Franz Joseph mit großer Herzlichkeit empfangen worden ist. Man darf also hoffen, daß die Balkanfrage friedlich gelöst werden wird, trotz aller Kriegsheereien der Serben. — In der bulgarischen Sobranie haben die Regierungsgegner Einspruch gegen die Politik der Regierung und besonders gegen die „unzeitgemäße Unabhängigkeitserklärung“ erhoben.

Amerika.
* Der zukünftige Präsident der Vereinigten Staaten, Taft, äußerte in einer Unterredung, er werde vor allem versuchen, die Lage der wirtschaftlich Schwachen zu bessern. Er stimmt deshalb dem Vorschlage des Millonars Carnegie zu, für die Unbemittelten Steuerfreiheit zu fordern, dafür aber eine kräftig ansteigende Erbschaftsteuer.

Asien.
* Wie aus Kalkutta gemeldet wird, ist der Gouverneur von Bengalen auf wunderbare Weise dem Schicksal entgangen, erwidert zu werden. Während er sich mit dem Leuten von Zeitungen beschäftigte, trat plötzlich ein junger Bengale auf ihn zu, hielt ihm einen Revolver vor die Brust und drückte zweimal ab. Die Patronen verlegten jedoch, und der Täter wurde festgenommen. Während dies geschah, entsetzten sich einige Bengalen, die sich vor der Halle, dem Schauspiel des Vordurchganges, aufgehalten hatten, in großer Eile. Der Vorfall zeigt, daß die Lage in nordöstlichen Vorderindien immer noch fürchtbar ernst ist.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Köstke (fri. So.) gibt die Frage zu erwägen, ob nicht die Grenze für den Zuckerverbrauch weiter zu ziehen sei. Namentlich im Interesse der Kolonien, wo einzelne Distrikte und Jahrgänge eines besonders starken Zuckerverbrauchs haben. Seiner sei doch, je mehr den deutschen Kolonien die Verbrauchsbeschränkung durch zu einengende Vorschriften entgegen werde, desto mehr werde der deutsche Zuckerverbrauch von den französischen Kolonien zunehmen.

Abg. Wallenberg (Zentr.) bittet besonders auf die Rolle der kleinen Winzer Rücksicht zu nehmen.

Abg. Haas (nat.-lib.) bringt ebenfalls noch die Wünsche der kleinen Winzer vor.

Abg. Becker (Zentr.) erklärt, wir müssen wenigstens darauf bestehen, daß für Beschlüsse die Deklarationspflicht vorgezeichnet werde.

Abg. Hoen (Zentr.) bemerkt, er wolle eine rationellen Weinvermehrung nicht entgegen sein; aber es müßte dann wenigstens die Deklarationspflicht vorgezeichnet werden.

Abg. Rügenberg (Zentr.) bedauert, daß im 82. Bestimmungen über die Deklarationspflicht für Beschlüsse nicht enthalten seien. Was dagegen der veräußerten Weine anlangt, so müßten diese jedenfalls hinsichtlich der Raumgebung mit den Naturweinen gleich behandelt werden.

Abg. Bauche (nat.-lib.) meint, es sei bringend nötig, daß dieses Gesetz so bald wie möglich zustande komme, damit der Weinbau wieder aufatmen kann. Damit schließt die Debatte und die Vorlage geht an eine Kommission.

Es folgt die erste Beratung des Gelegenheitsbetr. die Preisstellung beim Markthandel in Schlesien.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg führt bei Begründung der Vorlage aus: Einziges Ziel der Vorlage sei: zweckmäßiger und wirtschaftlicher Preisstellung ohne unnötige, den Handel erschwerende Maßnahmen. Im allgemeinen laßt sie der Händler vor Produzenten nach Lebensbedürfnis, während an den Märkten nach Bedarf dem geschäftlichen Gebot gehandelt wird. Hierbei ist natürlich Grundlage der Preisnotierung die Schätzung. Diese sei aber natürlich unzuverlässig, während doch die Allgemeinheit ein Interesse an zuverlässigen Notierungen habe. Deshalb seien wenigstens die Preisbeschränkungen der Preisnotierung, — ohne daß auf die Art des Handels ein Zwang ausgeübt werden soll, — die Art der Preisnotierung vorgezeichnet.

Abg. Köstke (B. d. Landw.) meint, die Vorlage sei zu einfach und klar, daß sie einer Kommission für Vorbereitung gar nicht erst bedürftig sei. Er bittet, das Gesetz anzunehmen.

Abg. Scheidemann (soz.) spricht gegen die Vorlage. Die Agrarier hätten auf einmal ein eigenartliches Interesse an der Statistik. Was der Staatssekretär behauptet, ebenso eigenartlich sei, daß mit dem, was viele Vorlage vorschlägt, ein klareres Bild von den wirklichen Marktpreisen resultiert werde. Das Gegenteil sei der Fall. In 8 Jahren erlaßt man, das Fleisch zu verbilligen, dann betrachten Sie lieber den einzig richtigen Weg: legen Sie die Lebensmittelpreise fest!

Abg. Gerkenberg (Zentr.) bemerkt, in den kleinen Städten verkaufen und kaufen Händler und Schlächter schon jetzt nach Lebensbedürfnis. Deshalb soll das nicht auch in den größeren Städten möglich sein. Mit der Schätzung sei es so eine Sache, sich geschätzte Schlächter ihren soll dabei.

Abg. Fischbeck (frei. So.) meint, man dürfe nicht außer acht lassen, daß es nicht möglich sei, einheitliche Normen für alle Gegenden Deutschlands festzusetzen. Man werde bestimmte Preisstellen schaffen müssen. Die Preisstellung werde praktisch nicht viel zu spät erfolgen. Wenn die Preisnotierung nach Lebensbedürfnis vorgezeichnet werde, dann sei auch der Handel nach Schätzung nicht mehr möglich.

Abg. Wackerbarth (nat.-lib.) hält eine Kommissionsberatung nicht für notwendig.

Abg. Köstke (nat.-lib.) bemerkt dem Abg. Köstke, daß er den Verkauf nach Schätzung nicht nur nicht verhindern habe. Bei dem Verkauf nach Schätzung, sagen Sie, findet Schätzung statt. Das ist nicht so. Das Vieh wird vielmehr ausgekauft, und dann geht der Schlächter für das Pfund so und so viel. Und wenn Sie auch Unrechtlich sprechen, nan, die finden Sie auch anders. Es kommt vor, daß kurz vor dem Verkauf dem Produzenten an den Händler das Vieh überliefert wird; auch ist es vorgekommen, daß ein Wulle, den der Käufer nach drei Wochen im Spotte ließ, nachdem 60 Pfund weniger war als beim Verkauf. Die Vorlage ist nur wieder ein Eingeständnis der Regierung gegen die Agrarier.

Die Debatte schließt hiermit. Die Vorlage geht an eine besondere Kommission, die Überweisung an die Viehwirtschaftskommission wird abgelehnt.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der Vorlage im wesentlichen zu. Die bodenständigen Bestimmungen müßten in der Kommission ausgemergelt werden. Abg. Beuzeit (kon.) führt aus, im Interesse der Weingelegenden müßte die Grenze für die Förderung weitergezogen werden. Auch sei für die kleinen Winzer eine so starke Konzentration unangenehm.

Abg. Bethmann-Blessbach (soz.) meint, daß für unsere kleinen Winzer das wichtigste eine Preisbegrenzung sei. Außerdem müßte freilich auch der Weinbau gefördert werden. Rhein- und Moselweine seien viel mehr im Handel, als produziert werden.

Der Reichstag beschloß sich am 7. d. mit dem Weingeleg-Gesetz. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legte die Gründe dar, die für die verschiedenen Regierungen bei der Wahl des Entwurfs maßgebend waren. Abg. Baumann (Zentr.) bedauerte, daß nicht der Deklarationszwang für Beschlüsse eingeföhrt worden sei. Die Fragen der Zollerückzahlung und der Schaherabhängigen, die gerade die wichtigsten seien, habe der Entwurf nicht berücksichtigt. Die Abg. Köstke (kon.) und Blumhorn (nat.-lib.) erklärten sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden. Auch Abg. David (soz.) stimmt mit der Tendenz der Vorlage überein, verlangt aber eine durchgängige Kontrolle durch Kontraktoren im Hauptvertr. Sehr eingehend aber sprach sich der Abg. Gorman (fri. So.) gegen die Vorlage aus. In der weiteren Debatte kamen noch Abgeordnete aus den Weingelegenden zum Wort, worauf sich das Haus vertagte.

Am 8. d. wird die Beratung des Weingeleges fortgesetzt. Abg. Berner (Reform.) nimmt der